

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Bürogebäude: Sammelnummer 25 241.
Preis für Nachdruckpreise: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Presse.

Schriftleitung und Haupigungsstelle:
Martenstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl-Kennz. 10 395 Leipzig.

Wiedruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nach.“) gestattet. — Unterjährige Schriften werden nicht aufbewahrt.

Osram-Haus, Ruhland & Co.
Beleuchtungskörper, Siedenschränke
Klub- und Schreibtischlampen
Osram-Lampen / Kochapparate / Gas-Glühkörper
Liliengasse, Ecke Röhrhofgasse 15, 5 Minuten vom Postplatz.

KIOS
CIGARETTEN

Residenz-Büfett
Konditorei - Kaffee
Konzert nachm. u. abends
7 Seestraße. -- Seestraße 7.

Kaffee Kasino
Stimmungs-Konzerte
im „TRIANON“
VORTRAGS-KÜNSTLER

Berlin unter den Wirkungen des Generalstreikes.

Die Lage in Berlin am Dienstag.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. März. Die Nachtstunden sind in Berlin im allgemeinen ruhiger verlaufen, als es gestern abend den Anschein hatte. Da die Zeitungen nicht erscheinen konnten und auch sonst auf anderem Wege der Daseinslichkeit feinerster Nachrichten über die Lage zugänglich gemacht wurden, schwirrten die tollsten Gerüchte durch die Stadt. So kam es, daß der ständige Wechsel der Truppen, der an einigen Stellen vorgenommen wurde, zu Abschreitungen gegen die Soldaten führte. Die Sicherheitspolizei hatte bis nachts gegen 1 Uhr schwere Arbeit. Auf den großen Plätzen der Stadt hielten sich Tausende angesammelt, die trotz der tiefen Dunkelheit, die über der Stadt lag, unentwegt auf neue Ereignisse warteten. Da kleinere Streifen vielfach überfallen wurden, wurden schließlich Kompanien zur Überwachung der Straßen entsandt. Auf den Plätzen der Sicherheitspolizei waren Scheinwerfer angebracht, die bis zu 400 Meter weit leuchteten und so die Arbeit der Polizei wesentlich erleichterten. Es ist schützend, daß die Sicherheitspolizei, ohne doch ein Schuß gefallen wäre, in höllischer, aber sehr bestimmter Weise ihrer Aufgabe nachkam und die Ansammlungen schließlich auflöste.

Am Laufe des Montags sind etwa 200 Personen verhaftet worden, die wegen Beleidigung oder wegen Überhand gegen die Staatsgewalt sich vor dem Strafgericht zu verantworten haben werden. Bei den blutigen Zusammenstößen, die am Potsdamer Platz am Wilhelmplatz in Charlottenburg, an der Kaiser-Allee in Steglitz, am Halleschen Tor und in der Invalidenstraße stattfanden, wurden nach den bisherigen Meldungen 15 Personen getötet und 32 Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Im Laufe der Nacht wurde auch der Tiergarten gefeuert, wo sich allerlei verdächtige Elemente angekämpft hatten. 40 Personen wurden festgestellt und diejenigen, die sich nicht legitimieren konnten, nach dem Polizeipräsidium gebracht. Der sozialdemokratische Abgeordnete Richard Müller ist heute vormittag verhaftet worden.

Eine Zensur besteht nicht. Die höchsten Zeitungen dürfen erscheinen, aber sie können nicht erscheinen, weil das Personal kreift. Die Zeitungsgesellschaften sind militärisch besetzt.

Weitere Zusammenstöße.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. März. Zu einem schweren Zusammenstoß bei dem es mehrere Tote gab, kam es in der Oranienstraße zwischen einer Patrouille und Passanten, die dort in größeren Gruppen zusammenstanden. Die Soldaten wurden nach mancherlei Schimpferufen schließlich eingeschlossen und gingen darauf freuer. Es wurden 8 Personen getötet und mehrere verletzt. Am Kottbusser Tor wurde durch Schüsse seitens einer Militärpatrouille ein Mann getötet, sowie eine Frau durch Wandschüsse schwer verletzt. Am Laufe des Montags führte eine Patrouille der Sicherheitspolizei einen Verhafteten in der Mariannenstraße vorüber. Höchst sprang ein Büffel hinzu und versuchte, den festgenommenen zu befreien. Es kam zu einem Ringen zwischen den Sicherheitspolizisten und den Angreifern, wobei der letztere mit der Schuss der entzündeten Handgranate, die der Beamte bei sich trug, in Berlinburg kam. Der Polizist warf die Handgranate sofort weg, die noch wenigen Augenblicke später explodierte. Durch die Explosion wurden etwa acht Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Der zur Beschießung der Reichsbäckerei gehörende

Leutnant Barth wurde auf einem Dienstgang in der Nähe der Oranienstraße von einer Menge umringt, überwältigt und ins Wasser geworfen. Von dem Vorfall berichtete Soldaten eilten zu Hilfe und versuchten, die Menge zu zerstreuen. Als dies gütlich nicht gelang, wurden einige Schüsse abgefeuert, durch die drei Personen verwundet wurden. Der Offizier wurde von Schiffen und Booten der Ordnungspolizei mit großer Mühe gerettet. Doch war sein Zustand derart, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der drohende Lebensmittelknappheit.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. März. Der Magistrat von Berlin-Kreisföhl hat beschlossen, die Ausgabe von Lebensmitteln an die Einwohner einzuführen. Das gleiche soll in anderen Gemeindeverwaltungen beschlossen werden.

Die Lage in Berlin, die bisher erträglich war, dürfte heute oder morgen äußerst kritisch werden, weil Berlin ohne Lebensmittel ist. Schon gehören nachmittag stürmisch in allen Stadtteilen die Haustüren der Bäckereien. In der Kettelerstraße und in anderen Straßen des Westens, sowie auch des Ostens kam es zu unbestimmten Prügeleien zwischen den laufenden Frauen. Die Lebensmittelläden sind fast völlig ausverkauft. Die exorbitant hohen Preise werden anstandslos gezahlt. Der Generalstreik geht weiter.

Das Eingreifen der Technischen Nothilfe.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Aufgrund des Streiks in dem Kraftwerk Golspieß-Nordowrie war es bisher noch nicht möglich, sämtliche Berliner Kraftwerke wieder in Betrieb zu setzen. Ammerthal gelang es der Technischen Nothilfe, das Motowerk am Südwirkt so weit in Betrieb zu setzen, daß der Güterbahnhof Moabit und das Bismarckkrankenhaus mit Licht versorgt werden konnten. Die Technische Nothilfe hofft, im Laufe des Tages wieder sämtliche an das Werk angeschlossene Abnehmer mit Strom versorgen zu können, da die Maschinendefekte zum größten Teil beseitigt werden konnten. Das Kraftwerk in der Mauerstraße arbeitet nur mit einer Maschine vermag also nur den lebenswichtigsten Betrieben Strom abzugeben.

Die gestrigen Berichte über die Vorfälle in Berlin erweisen sich nach genaueren Feststellungen als außerordentlich übertrieben. Die Truppen, die von der Menge an manchen Stellen verhöhnt und bedrängt wurden, feuerten vielfach nur Schreckschüsse ab. Durch starke Schüsse wurde eine Person getötet, ein etwa 30 Jahre alter Techniker, während etwa fünf Personen verletzt wurden. Die Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität wird zwar von der Technischen Nothilfe aufrechterhalten, aber unregelmäßig. Der Straßenbahn- und Kleinbahnverkehr ist vorläufig noch nicht im Gange. Auch die Postbezeichnung ruht teilweise, dürfte aber bald wieder in vollem Umfang aufgenommen werden. (B. T. B.)

Verschärfung des Eisenbahnerstreiks.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. März. Wie wir erfahren, hat sich der Eisenbahnerstreik verschärft. Berlin soll bis auf weiteres von allem Verkehr abgeschlossen werden. Auch die Lebensmittelzusage sollen nicht nach Berlin kommen. Die Eisenbahner in der Provinz weigern sich irgendwelchen Dienst auf den nach Berlin führenden Straßen zu tun.

General Maercker abgelehnt.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Stuttgart, 16. März. Reichspräsident Ebert und Reichsminister Röhr haben heute die Absehung des Generals Maercker (Wehrkreiskommando 4) verfügt. Das Kommando ist dem General Müller übertragen worden. (B. T. B.)

Die Offiziere und Beamten des Reichswehr-Ministeriums arbeiten fort.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. März. Die Offiziere und Beamten des Reichswehrministeriums haben nach ernsten Erwägungen sich dazu entschlossen, ihre Arbeiten im Ministerium weiterzuführen, da sie sich bewußt sind, daß eine Eindämmung dieser Arbeiten die ungünstigsten Folgen für die allgemeine Sicherheit haben würde.

Einwirkungen Hindenburgs.

Berlin, 16. März. Die „Dena“ berichtet, Generalfeldmarschall v. Hindenburg habe an Rapp ein Telegramm des Inhalts gerichtet, er möge veranlassen, daß die Truppen Berlin räumen und daß die alte Verfassung angenommen wieder in Kraft gesetzt wird. Der Generalfeldmarschall teilte Rapp gleichzeitig mit, daß er den Reichspräsidenten Ebert telegraphisch von dieser Anwendung bei der Berliner Regierung verständigt habe. — Nach einer anderen Version soll Generalfeldmarschall v. Hindenburg das erwartete Telegramm nicht an Rapp, sondern an den sich angewandtlich in Magdeburg aufhaltenden General Groener gerichtet haben mit der Bitte, daß nach Berlin zu begeben, um dort auf Rapp einzutreffen, daß er sofort antritt.

Nach einer weiteren Meldung soll Hindenburg den Reichspräsidenten Ebert gebeten haben, seinen Einfluss im Kabinett dahin gelenkt zu machen, daß so schnell wie möglich Neuwahlen stattfinden.

Ein bürgerliches Kabinett in Bayern.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) München, 16. März. Die neue Regierungsbildung in Bayern ist vollzogen. Das neue Kabinett sieht sich zusammen wie folgt:

Ministerpräsident und Minister des Innern: Regierungspräsident v. Jahr; Finanzminister: Ministerialdirektor Matt; Justizminister: wie bisher Dr. Müller (Dem.); Handelsminister: wie bisher Ham (Dem.); Finanzminister: wie bisher Kosler; Fürsorge minister: Staatsrat Oswald; Landwirtschaftsminister: Genossenschaftsdirektor Wahnschütz (während der Nährrepublik Ernährungskommissar). Der Verkehrsminister ist noch nicht bestimmt; wahrscheinlich wird es der bisherige Verkehrsminister v. Braunholz bleiben.

Zwischen dem neuen Ministerpräsidenten und den Parteien wurde folgende Kündigung vereinbart:

Auf Grund einer Verordnung von heute wurde die gesetzliche Vollzugsgewalt durch die Ernennung eines Staatskommissars vom Oberkommandierenden des Reichswehrarmee-Kommandos der Volksverwaltung zugesagt. An der Reichs- und Volksverwaltung ist die Tätigkeit der Regierung oder des Landtags, sei es von rechts oder links, einzutreten, muß mit allen Mitteln entgegengesetzt werden. Die volle Koalitionstreite ist den Beamten, Arbeitern und Angestellten nach wie vor unbedingt zugesichert.

Unruhige Tage.

Am Montag ist es in Dresden zu Unruhen gekommen, die eine größere Anzahl von Opfern gefordert haben. Ebensoviel wie bei dem im Zusammenhang mit der November-Revolution erfolgten Angriff auf das Gebäude der sozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“, in dessen Verlauf Todesopfer zu beklagen waren, ebensoviel wie damals, als von einer fanatisierten Menge der sozialistischen Kriegsminister Neurath ermordet wurde, handelt es sich am Montag um revolutionäre Unruhen im wahren Sinn des Wortes. Wurden doch bei den tiefrüttigen Ereignissen, die sich auf dem Platzviele zusätzlichen haben, die wenigen, was eigentlich los war. Alle aber handeln und warten auf irgendwelche unerhörten Dinge, die geschehen sollten. Eine Menge in solcher Verfassung ist jedem noch so törichten Gerücht zugänglich, und darin allein lag die Gefahr. Deshalb muß die Frage aufgeworfen werden: War es nötig, solche Voraussetzungen zu schaffen? War überhaupt der Generalstreik nötig? An Sachen doch gewiß nicht! Die Aktionen waren überreift, entweder aus einer allzu großen Nervosität, hand andern auch im Widerstand mit der Kundgebung des Generals Maercker von Sonnabend, in der ausdrücklich gebeten wurde, daß Wirtschaftsleben nicht durch Streiks oder Zunahme irgendwelcher Art zu föhren. General Maercker stellte auch dar, daß der in der Presse erschienene Aufruf zum Generalstreik, unterschrieben „Ebert, Röhr, Bauer“, unrichtig sei. Späterhin war doch mit dem Streik auch nichts zu erreichen, denn die Stellung der sozialistischen Regierung war in keiner Weise erschüttert. Wozu also die Aktion, die doch nur denen nützen konnte, die an Unruhen tatsächlich ein Interesse haben und dabei gewinnen zu können glaubten?

So liegen die Dinge, wenn man sie ausdrücklich unter dem Gesichtswinkel unserer klassischen Beobachtung betrachtet. Damit kann natürlich das letzte Wort über die allgemeine Lage überbaud noch nicht abgesprochen sein. Sie ist nur zu beurteilen im Zusammenhang mit dem Grabenatz-Prozeß und dem allzu langen Abwarten der Reichsregierung, daß eines so schwer belasteten Mannes, wie des früheren Reichsfinanzministers, zu entledigen. Es geht nicht an, daß in einer Regierung, die sich auf die breitenen Volksschichten stützt und ganz besonders den handarbeitenden Säcken, die dienen behauptet, ein Mann gehandelt wird, der Schadenfelder gemacht oder zu machen verucht hat. Noch weniger aber hätte man es für möglich halten sollen, daß eine Nationalversammlung, die auf eine demokratische Parole gewählt worden ist, schließlich an einer absolutistisch verlaufenden Körperherrschaft entwidmet würde. Man soll sie nur darüber klar sein, daß auch in der Geschichte der Sab vom unzureichenden Grunde Geltung hat. Der Grund aber, daß Herr Kapp eben Herr Kapp und Generallandwirtschaftsdirektor und Herr v. Rüttel General ist, hätte niemals ausreicht, um den Beweis zu führen, vor der das Kabinett Bauer doch bis nach Stuttgart ausgewichen ist. Nein, Kapp wäre beim ersten Auftreten erledigt gewesen, wenn nicht die Söhne des Kabinets Bauer gewesen wären, die etwas laxe Moral, die im Falle Grabenatz auftrat, das absolutistische Regime einer Partei hätten, die sich wohl auf parlamentarische Antikapitalistische vertreten, nicht aber darauf, dem Volk das zu geben, was ihm am notwendigsten ist: Brot, Freiheit und Ordnung. Wenn die Regierung Bauer und mit ihr die bündesstaatlichen Minister aus den langen Stunden, die sie erleben mussten, die Lehre ziehen, daß die Rechte des Absolutismus, abschafft, wobei er kommt, in Deutschland vorbei sind, dann ist sicher etwas gewonnen. Die Veränderung der Wohlen auf Nationalversammlung war ein schwerer Fehler, noch schlimmer war die Art, wie man die Rechte des Volkes in der Frage der Präsidentenwahl zu beklagen suchte. Das kann kein Befürwortender bestreiten. Baldige Neuwahlen verlangt sogar ein Mann wie der General Greener, der als einer der ersten sich hinter die November-Reaktion gestellt hat und durch sein gutes Wirken nicht wenige dazu beitragen, ihre Stellung zu festigen. Auch Hindenburg erkennt die Notwendigkeit nach Neuwahlen als berechtigt an. Es wäre uns viel erwartet, wenn die Regierung Bauer sich nicht in beklagter Weise bestätigt. Sie kann nicht auf die Meinung Greener aufmerksam werden, die die Präsidentenwahl bestreitet.

Im vorigen Jahre hat die Nationalversammlung die Verfassung verabschiedet, die als vornehmstes Palladium der neuen Volksfreiheit die Wahl des Staatsoberhauptes durch das Volk und den Volksentscheid bei wichtigen politischen Fragen enthielt. Entweder ist man nun so demokratisch, wie man es zu sein behauptet, dann hält man diese beiden Rechte als unantastbares Heiligum hoch — oder man ist es nicht und sucht die Freiheiten einzufangen und auszuholen, dann soll man aber nicht das Wort „Demokratie“, an das doch manche glauben, unterm Mund führen. Wenn aber dieselbe Körperschaft, die die Präsidentenwahl erkennen übertrug, den Bericht unternimmt, sie ihm wieder zu entziehen, dann beleidigt sie damit das sehr kleine Reichsverständnis, das der berühmte Mann auf den Reichsversammlungen, das der berühmte Mann auf den

Strafe in Deutschland selbst heute noch hat. Nun und wenn nicht die Regierung Bauer ihr den Boden bereitet hätte. Es mag parteipolitisch wirksam sein, von Büschinen zu sprechen, weil man wäre es, wenn sich die Regierenden darüber klar würden, wie am schnellsten die völlige Ordnung wiederhergestellt und wie sie am besten zu sichern ist. Moralische Verurteilungen neumen sich nicht besonders aus, wenn sie von Leuten kommen, die Jahrelang zuvor das Recht auf Revolution geredet haben. Das haben wir leider bei den Spartakuslämpen getan, das muss auch heute wieder ausgebrochen werden.

Das Volk will keine moralgetränkten Erklärungen, es will praktische Politik, um sie zu machen, ohne abstraktischen Anklagungen statzugeben, das die Regierung Bauer allen Anklag. Denn wenn auch die Regierung gegen Kapp ausschließlich stark eingetragen hat, so dürfte man doch bei den Beratungen in Stuttgart doch darüber völlig transparent befinden, daß auf die proklamierte Einigung der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten keine Rücksicht zu rücksicht, keine dauernde Politik zu gründen ist. Das beweist am deutlichsten die Geschichte der Generalstreikparole, die erst ausgegeben, dann zurückgenommen, schließlich aber unter dem Druck der Fabrikanten doch ausgeschafft worden ist. Wenn es jetzt ein Ziel gibt, dann doch nur das: die Produktion zu fördern und die Wirtschaft zu befähigen. Gesehne haben wir vorerst genug, Kartoffeln wären viel wichtiger. Das sollten doch wohl alle Parteien einsehen und danach handeln. Was zum Aufbau des neuen Deutschland sonst noch zu leisten ist, bleibt dem neuen Reichstag überlassen. Je eher er gewählt wird, desto größer die Gewalt für die Wiederherstellungsmöglichkeit der Republik. Weil doch im heutigen Deutschland, wie ein altes Motto, kein Mensch mehr weiß, was rechts und links ist. Neder, der in den letzten Tagen auf der Straße war und die Debatte sich in ihm angehört hat, wird das bestätigen können. Wie wäre es auch sonst möglich gewesen, daß auf dem Potsdamer in Dresden zum den Besitz des Telegrafenamtes gekämpft werden musste? Wo war denn der Feind, gegen den es zu verteidigen war? Neder und nirgendwo. Wiederum hat es sich eben gezeigt: es gibt stets Verantwortung, wenn aus einem leeren Wagen die Gedanken in schwere Gedanken steigen. Darum sorge man für Brot, lasse dem Volke keine verfassungsmäßigen Rechte und halte auf Ordnung. Das ist das einzige Programm, das eine deutsche Regierung heute überhaupt haben kann. Alles andere ist höchst unzeitgemäß.

Kapp und die Entente.

Amsterdam, 16. März. Das Neuerische Bureau meldet aus London, daß Lord George im Unterhause erklärte, die alliierten Regierungen würden jede Bewegung, die die Monarchisten oder eine Militärtretation in Deutschland vertreten, mit Besonders verfolgen. Es würde jedoch nur sein, die Ereignisse abzuwarten, bevor man irgendwelche Maßnahmen ergreift. Die Lage werde sehr sorgfältig beobachtet. Lord George verfasst hierauf folgendes Telegramm: "Lord Kilmane: Die letzten Nachrichten besagen, daß die militärische Bewegung sehr um sich greife. Auch in Münster ist ein Militärstandort geplant. Frankreich ist geteilter Meinung. Die militärischen und zivilen Verbündeten unterstützen die neue Regierung. In Dresden, Hamburg, Kiel und Chemnitz finden Kämpfe statt, deren Ausgang nicht fehlbar ist. In Südbaden hat das Militär Hanau direkt ausgeführt. Die Stellung der neuen Regierung scheint verstärkt zu sein."

Der französische Vertreter in Stuttgart.

Stuttgart, 16. März. Wie gemeldet wird, ist der zur Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen bestimmt Gesandtschaftsvertrag der französischen Regierung mit Preußen in Stuttgart eingetroffen. Er hat sofort beim Minister des Auswärtigen Müller seinen Antrittsbrief abgelegt. Müller gab dem Gesandtschaftsträger einen vorläufigen Situationsbericht und führte dabei u. a. aus, daß der Präsident der deutschen Friedensdelegation in Paris in standiger Verbindung mit ihm steht und die Geschichte der verfassungsmäßigen Rerierung führe. Da die Berliner Staatsräte die Wiederaufnahme verbreiteten, daß sie Verbindung zu den alliierten Regierungen hätten, sei aufdrücklich festgestellt, daß die alliierten Regierungen weder Kapp und Hoffmann anerkannt haben, noch daran denken, mit ihm in diplomatische Beziehungen zu treten. (W. T. B.)

Unruhen im Reich.

Berlin, 16. März. In Bremen, Osnabrück, Lübeck und Hannover und Münster ist es zu großen Unruhen gekommen, und aus dem Süden treten kommen meldungen, daß die Bergarbeiter bewaffnet sind. Sehr gefährlichen Charakter nehmen die Kämpfe in Silesien. Dorthin staken sie sich zu einer regelrechten Straßenkampf zwischen den Bergarbeitern und Matrosenabteilungen. Zahlreiche Tote blieben liegen.

Brandenburg, 16. März. Der Generalstreik wurde gestern von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften durchgeführt. Am Nachmittag rückte das Regiment der Reichswehr Brieselang von mehreren Seiten in die Stadt ein mit Infanterie, Maschinengewehren und Artillerie, sänkte die Straßen und besetzte die Stadt. Der Belagerungsaufstand ist verhängt worden. (W. T. B.)

Magdeburg, 16. März. Die Ente-Kaserne ist von der Einwohnermeute besetzt worden. Die dort befindlichen Kompanien der Heimwehrmilitärs wurden entwaffnet. Zum Stadtkommandanten von Magdeburg ist Stadtkommandant Generalmajor Groedel ernannt worden. Der bisherige Kommandant Generalmajor Groedel ist aufdrückt. (W. T. B.)

Dessau, 16. März. Heute vermittelte form es hier zu Zusammenstößen zwischen der Reichswehr und der Menge, die die Deutschnationale Abolitionistische Jugendverbände ausstürmen wollte. Fünf Personen wurden getötet. Der Präsident des anhaltischen Staatsrates Detleff ist vom Reichswehrchef Brieselang zum Inhaber der obersten Militär- und Zivilgewalt in Anhalt und zumstellvertretenden Inhaber dieser Gewalten für die Provinz Sachsen ernannt worden. Detleff warb sich abends zum Kommandeur des Schulbezirksamtes S. Oberster Post, um von diesem eine bindende Erklärung über die Haltung der Truppen zu fordern. Der Oberst hatte bereits nachmittags erklärte, daß er auf Seiten der Regierung Kapp stände. (W. T. B.)

Erfurt, 16. März. Hier wurden heute zahlreiche Versammlungen abgehalten. Es kam zu Unruhen. Einige Plünderer wurden erschossen. Bei Kapp wird zuletzt wieder gearbeitet.

Hagen, 16. März. Als am Montag 100 Mann gegen revolutionäre Truppen des Hauptmanns Eichholztagen am Bahnhof von Wetter passierten, wurden sie dort festgehalten und umgängt. Die Arbeiterschaft von Wetter hat dringend um Verstärkungen, da die Menterer mit Minenwerfern große Verheerungen anrichteten. Die Arbeiter haben bis jetzt 5 Tote und eine Anzahl Verwundete. Die Verluste auf der Gegenseite sind unbekannt. (W. T. B.)

Barby, 16. März. Hier ist es zu schweren Unruhen und Zusammenstößen mit ehemaligen Baltikumtruppen gekommen. Die Verluste werden auf mindestens 18 Tote und viele Verwundete angegeben.

Weitere Nachrichten aus dem Reiche.

(Eigner Druckerbericht der Dresdner Nachrichten). **Stuttgart**, 16. März. Der von den vereinigten Gewerkschaften beschlossene zweitägige Generalstreik hat heute morgen begonnen. Der Allianzverein des roten Sozialen Komitees hat sich dort auch gegen die Regierung Kapp-Rosse entschieden.

Die beiden Regierungen zur Lage.

Eine Unterredung mit Ebert.

Stuttgart, 16. März. Reichspräsident Ebert hatte eine Unterredung mit einem Vertreter des W. T. B. und sagte: Von einer Verständigung mit den ehrwürdigen Verfassungsfeinden kann keine Rede sein. Ihr Wort findet keinerlei Vertrouen. Dem General Groener habe ich das in der Presse veröffentlichte Telegramm übermittelt, in dem ich mitteilte, daß ich Ihnen in einer mündlichen Verhandlung erwartete. Bisher ist er noch nicht eingetroffen. General Maercker hatte von uns keinen Auftrag zu Verhandlungen mit einem Berliner Staatsstreicher. Wir hatten ihm vielmehr beigelegt, daß es bei unserer Erklärung auf das Ultimatum sieleben müsse. Den Vertretern der Koalitionsparteien haben wir mitgeteilt, daß wir auf dem bedingungslosen Rücktritt des Staatsstreichers bestehen müssten. Von Berlin hat sich heute eine Abordnung von Politikern, die denen sich auch General Maercker befindet, hierher begeben. Bis zur Stunde, 1½ Uhr nachmittags, ist sie noch nicht erschienen.

Die Lage im Reich ist gesättigt sich immer mehr in unseren Gunsten. Württemberg steht fest zu uns, ebenso Baden, Bayern, Hessen, sowie Sachsen und das ganze Norddeutschland. Alle stehen sie auf dem Boden der Reichsverfassung und halten treu zu uns. Nur in Südbaden können die Staatsstreicher bisher einzigen Anhang verzögern. Dieser Anhang reicht aus aus der älteren sozialistischen Tradition. In Süddeutschland vornehmlich großer Empörung, ebenso noch den uns zugetragenen Maßnahmen im Rheinland und Westfalen. Wenn es durch das Vorzeichen des Staatsstreichers in mehreren Orten zu Gewalttaten und Zusammenstößen kommt, das Wirtschaftsleben schwer erschüttert und die Grundzüge gefordert wird, so trifft die Verantwortung dafür die Politikisten. Den General v. Puttkamper habe vor der Ausführung seines wahr sinnigen Planes auf Vorsichtsliste auf diesen Holzen aufmerksam gemacht.

Die Nationalversammlung wird vorläufig in Stuttgart bleiben; ebenso wird der Reichsrat hier zusammentreten. Die Deutschnationalen werden sich wohl fernhalten. Dagegen sind schon mehrere Unabhängige hier. Unter Abl ist die Sicherstellung der Verfassung, schnelle Wiederherstellung der Wirtschaftsordnung und der öffentlichen Sicherheit. Wir müssen darauf bestehen, daß die rebellischen Truppen aus Berlin aufzugezogen und aufgelöst werden. Es zeigt sich jetzt, daß die seit Wochen vertriebene Hölle der Deutschnationalen auf den Sturz der Verfassung (W. T. B.) und der Demokratie gerichtet war. Demokratie oder militärische Rüstung, das ist die Frage. Ich zweifle keinen Augenblick, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes zur Demokratie steht.

Es ist in höchstem Maße verwunderlich, mit welchem Recht der Reichspräsident behaupten kann, die Deutschnationalen hätten auf den Sturz der Verfassung und der Demokratie hingewirkt. Wenn die Rechtsparteien auf die Auflösung der Nationalversammlung hinbereitet haben, so kann es doch nur, um einen Verfaßungsbruch den Staaten zu verhindern und nach demokratischem Grundsatz den Volkswillen zur Geltung zu bringen. Daß die Rechtsparteien unverhältnismäßig an der Verfassung schuldet, zeigte erneut die jüngste Parteifusion.

Reichsminister Koch über die Lage Kapp's.

Die fälschliche Staatsansetzung teilt mit: Reichsminister des Innern Koch hat aus Stuttgart folgendes Telegramm an das Gesamtministerium in Dresden gerichtet:

"Kapp ist zusammenbrechen. Sein Einfluss auf das Volk ist auf Teile Berlins beschränkt. Kapp steht durch leere Versprechen Unabhängige an sich zu ziehen. Meldungen von Verhandlungen zwischen ihm und der verfassungsmäßigen Reichsregierung erfolgen. Reichswehr im ganzen Westen und Süden, sowie in Sachsen iron Nationalversammlungsabgeordnete sollen sofort nach Stuttgart kommen."

Noske über die Lage.

(Drucksellung an der Berliner Schriftleitung) **Berlin**, 16. März. Der Reichswehrminister Noske empfing heute in den Vormittagsstunden Breitvertreter mit denen er über die Lage sprach. Nach Noskes Meinung werde es der Regierung möglich sein, in sechs bis acht Tagen wieder in Berlin einzuziehen, ohne daß

diesem Ereignis nennenswerte Komplikationen vorausgegangen sein werden. Die Nationalversammlung wird morgen zur Sitzung zusammenkommen. Das Polizeipräsidium Stuttgart hat den Schutz der Nationalversammlung übernommen.

Verkürzung der Strafen für Hochverrat.

Stuttgart, 16. März. Im Reichsministerium des Innern, das seine Gesetze in Stuttgart aufgenommen hat, wird ein Gesetzeswurf aufgearbeitet, nach dem Hochverrat außer den lebenden Strafen auch mit einer gänglichen oder teilweise Eingabeung des Vermögens zu bestrafen ist. Es ist in Aussicht genommen, das Gesetz mit rückwirkender Kraft ab 16. März auszustellen, weshalb schon heute diese Ankündigung erfolgt. (W. T. B.)

Die Regierung Kapp über die Lage.

(Drucksellung an der Berliner Schriftleitung) **Berlin**, 16. März. Unter dem gestrigen Datum ist folgende amtliche Nachricht verbreitet worden: Die Lage ist gut. Die alte Regierung will die Aufrufung zum Generalstreik widersetzen, da sie das Unrecht am deutschen Volk eingesehen hat. Verhandlungen zwischen alter und neuer Regierung haben begonnen und sind in gutes Fachwissen eingetreten. Die Bildung einer neuen Regierung auf breiterer demokratischer Basis ist in kürzester Zeit zu erwarten. Sie war bisher verzögert durch den Auftrag der alten Regierung zum Generalstreik. Im Bereich des Reichswehrgruppenkommandos stehen alle Reichswehr- und Sicherheitsgruppen mit größtmöglichen Ausnahmen auf Seiten der neuen Regierung. Aus dem Bereich des Reichswehrgruppenkommandos kommen zahlreiche Zustimmungen der Befreiungserklärungen. In Bayern ist die alte Regierung zurückgetreten und durch eine neue Regierung auf breiter Basis erlebt.

Berlin, 16. März. Der Presschef der gegenwärtigen Berliner Regierung Redakteur Hornisch gab Vertretern der Presse gegenüber die offizielle Erklärung ab: "Die Regierung hat keinenlei Verhandlung irgendwo vorliegen, um den Generalstreik zu verhindern, da sie das Unrecht am deutschen Volk eingesehen hat. Verhandlungen zwischen alter und neuer Regierung haben begonnen und sind in gutes Fachwissen eingetreten. Die Bildung einer neuen Regierung auf breiterer demokratischer Basis ist in kürzester Zeit zu erwarten. Sie war bisher verzögert durch den Auftrag der alten Regierung zum Generalstreik. Im Bereich des Reichswehrgruppenkommandos stehen alle Reichswehr- und Sicherheitsgruppen mit größtmöglichen Ausnahmen auf Seiten der neuen Regierung. Aus dem Bereich des Reichswehrgruppenkommandos kommen zahlreiche Zustimmungen der Befreiungserklärungen. In Bayern ist die alte Regierung zurückgetreten und durch eine neue Regierung auf breiter Basis erlebt."

Die Lage im Reich.

Berlin, 16. März. In Hamburg und Teilen von Mecklenburg, Thüringen und Westfalen haben Unruhen stattgefunden. In Berlin, O. und Norddeutschland ist General v. Puttkamper mit seinen Truppen Herr der Lage. Kommunistische Unruhen sind schwerlich beobachtbar. In West- und Süddeutschland sind sie leicht im allgemeinen Auge. Die dortigen Truppen sind vollkommen in der Hand ihrer Führer. Sie enthalten sich der politischen Stellungnahme und beschränken sich darauf, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Ostpreußen für eine Koalitionsregierung.

Mönchengladbach, 16. März. Oberpräsident Winnicke hat am Sonntag an beide Regierungen eine Drucksellung folgenden Inhalts gerichtet: "Um Deutschlands Unterdrückung folgenden Unruhen zu verhindern, in die schändliche Bildung einer Koalitionsregierung unbedingt erforderlich. Ostpreußen richtet hiermit die dringende Mahnung an beide Regierungen, unverzüglich miteinander in Verhandlungen zu treten und eine Regierung des nationalen Wiederaufbaues zu bilden. Am Ende eines solch unabwendbaren Bürgerkrieges wird Ostpreußen auch ein Raum seiner feindlichen Nachbarn werden und der Anarchie versetzen. In dieser Schicksalsstunde müssen alle Parteigegenseite vor der Not des Vaterlandes austreten." (W. T. B.)

Pommern für die neue Regierung.

Stettin, 16. März. Der Sieg der neuen Regierung in Pommern ist ein vollkommener. Alle Fernsprech- und Telegraphenverbindungen unterliegen der Kontrolle der der neuen Regierung ergeben. Sicherheitswehr. Die Reichswehrformationen ganz Pommerns haben sich schon am Sonntag bedingungslos auf die Seite der neuen Regierung Kapp-Puttkamper gestellt.

Die Haltung der Rechtsparteien.

Berlin, 16. März. Die Deutschnationale Volkspartei erklärt folgende Aufforderung: "Die Freiheit der freien Wahlen haben die Letzten und die Rechte der Deutschnationalen Volkspartei in keinem Maße ausgenutzt, Kritik an den Toten der blutigen Regierung hat insbesondere betont müssen, daß das Fortbestehen der verfassunggebenden Nationalversammlung der neuen Verfassung zu widerstehen und daß die Zusammensetzung der Nationalversammlung wie der blutigen Regierung dem heutigen Willen des Volkes nicht mehr entspricht. Sie hat durch den Mund ihrer Führer gefordert, daß diese verfassungswidrigen Aufforderungen auf verfassungsmäßige Weise ein Ende gemacht wird, und daß der Volkswill durch abholtige Neuwahlen zur Geltung kommt. Die Haltung vom 18. März 1920 keiner Änderung. Die Partei nimmt noch den Erklärunge der neuen Regierung das Ziel hat, unverzüglich verfassungsmäßige Aufforderungen zu widerstehen, daß sie also innerhalb der in der Verfassung festgesetzten Frist von 90 Tagen auf Grund des November 1918 durch Neuwahlen dem Volke Gewalt geben wird, seinen Willen, bei dem die heutige Entscheidung über das Schicksal von Volk und Vaterland steht, zum Ausdruck zu bringen. Bis zu dieser Endbedingung ist die Deutschnationale Volkspartei bereit, unter ihrem bisherigen Verhalten mitzuarbeiten, um in Zusammenfassung aller Kräfte dem deutschen Volke Ruhe und Ordnung, Freiheit und nationale Würde zu gewährleisten."

Die Deutsche Volkspartei gegen Kapp.

Die Geschäftsstelle des Landesvereins Sachsen der Deutschen Volkspartei sendet uns folgende Mitteilung: "Die Freiheit der freien Wahlen haben die Letzten und die Rechte der Deutschnationalen Volkspartei in keinem Maße ausgenutzt, Kritik an den Toten der blutigen Regierung hat insbesondere betont müssen, daß das Fortbestehen der verfassunggebenden Nationalversammlung der neuen Verfassung zu widerstehen und daß die Zusammensetzung der Nationalversammlung wie der blutigen Regierung dem heutigen Willen des Volkes nicht mehr entspricht. Sie hat durch die Worte vom 18. März 1920 keine Änderung. Die Partei nimmt noch den Erklärunge der neuen Regierung das Ziel hat, unverzüglich verfassungsmäßige Aufforderungen zu widerstehen, daß sie also innerhalb der in der Verfassung festgesetzten Frist von 90 Tagen auf Grund des November 1918 durch Neuwahlen dem Volke Gewalt geben wird, seinen Willen, bei dem die heutige Entscheidung über das Schicksal von Volk und Vaterland steht, zum Ausdruck zu bringen. Bis zu dieser Endbedingung ist die Deutschnationale Volkspartei bereit, unter ihrem bisherigen Verhalten mitzuarbeiten, um in Zusammenfassung aller Kräfte dem deutschen Volke Ruhe und Ordnung, Freiheit und nationale Würde zu gewährleisten." Eine neue Französische Sozialistenpartei. Paris, 16. März. Wie auch den Sozialisten rouge in Straßburg ausgedrohten Sozialdemokraten haben eine neue Partei gegründet. Sie heißt "Französische Sozialistische Partei". Sie besteht den Vertretern des französischen Sozialistischen Kreises neu und nicht aus der aktuellen Internationale oder unter der Vorwürfe, daß die deutschen Wehrbeitssozialisten aus ihr entstehen werden. Abörer der Partei steht gegen Kapp zu werden. (W. T. B.)

Paris, 16. März. Wie auch den Sozialisten rouge in Straßburg ausgedrohten Sozialdemokraten haben eine neue Partei gegründet. Sie heißt "Französische Sozialistische Partei". Sie besteht den Vertretern des französischen Sozialistischen Kreises neu und nicht aus der aktuellen Internationale oder unter der Vorwürfe, daß die deutschen Wehrbeitssozialisten aus ihr entstehen werden. Abörer der Partei steht gegen Kapp zu werden. (W. T. B.)

Die Sächsische Volkskammer zur Lage.

Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer.

Dresden, den 16. März 1920.

Die heutige Sitzung, deren Beginn von 1 Uhr auf 2 Uhr verschoben wurde, da noch wichtige Verhandlungen der Fraktionen mit der Regierung stattfanden, war infolge der Vorgänge am Montag nicht öffentlich. Nur die Presse war zugelassen.

Präsident Grähdorf

nahm Bezug auf die Berliner Vorgänge und auf die blutigen Zusammenstöße, die als Folge davon in Dresden und Leipzig sich ereignet hätten. Die Kammer betrachtete jedenfalls mit den Angehörigen die Verluste, insbesondere die Volksgenossen, die bei den Vorgängen in Leipzig und in Dresden unschuldig ihr Leben lassen mussten. (Sämtliche Kammermitglieder haben sich unterdessen von ihren Sitzen erhoben.) Es könne im Augenblick nicht die Aufgabe der Kammer sein, die Schuldigen zu suchen und über sie zu urteilen. Man könne im Augenblick nur wünschen, dass das Volk zur Ruhe und Besinnlichkeit zurückkehre.

Der Präsident teilte dann mit, dass die Kammer nicht in die Verhandlung der vorliegenden Tagesordnung eintrete, und veranlasste die nächste Sitzung auf Dienstag, den 23. März, mittags 1 Uhr an. Er sei der Meinung, dass die Abgeordneten in diesen Tagen am besten zu Hause seien, um mit ihren Wählern Fühlung zu nehmen und dadurch zur Verbesserung im Lande beizutragen. Am Abend sei ihm aber vom Vorstand die Befugnis gegeben, sofern es nötig sei, die Kammer auch schon vor Dienstag wieder zusammenzurufen.

Namens der Sozialdemokratischen Fraktion, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion und der Demokratischen Fraktion gibt der Präsident darauf folgende

Erklärung:

Die Volkskammer des Freistaates Sachsen sieht in dem Berliner Militärputsch ein schweres Verbrechen am deutschen Volke, das sie auf schärfste Verurteilung. Der Putsch mit seinen Folgen bringt dem deutschen Volke von neuem unendlichen materiellen und moralischen Schaden. Der beginnende Aufstieg unseres Wirtschaftslebens, der unverfehlbar war, ist durch diesen brutalen Akt auf schwerste gefährdet. Die Sächsische Volkskammer lehnt die Beziehungen zu der Reichsregierung ab und fordert das sächsische Volk ohne Unterschied der Parteien auf, jenem hochverrätlerischen Treiben entschiedenen Widerstand entgegenzusehen. Sie hält es mit der sächsischen Regierung für selbstverständlich, dass die Reichsregierung in keinerlei Verhandlungen mit den Berliner Hochverrättern einztritt. (Bravo!)

Darauf nimmt Abo Holmann (D.-R.) das Wort, um namens seiner Fraktion zu erklären, dass diese von den Vorgängen in Berlin überrascht worden und an diesen nicht beteiligt sei. (Lärm im Hintergrund.) Die Vorgänge seien nach ihrer Überzeugung verursacht durch die verfehlte Politik der bisherigen Reichsregierung und der politischen Mehrheitspartei. Die Verhöhnung der Neuwahlen zum Reichstag, der Verlust, die eben erst beschlossene Reichsverfassung aus parteidemokratischen Rücksichten zu ändern, die Unfähigkeit der Regierung, der wirtschaftlichen Not unseres Volkes zu neuen (sturmhaften) Widerstand (links), die rücksichtlose Vergewaltigung der Minderheit (Burau: Schwedt) hätten die Stellung der bisherigen Regierung und ihren Vorstand unumstößlich gemacht. Die Fraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei fordere die törichte Regierung auf, die im Range befürdlichen Verhandlungen zwecks Herbeiführung einer Koalitionsregierung, durch Einführung von Nachministerien, Ausübung von Neuwahlen und Herbeiführung verfassungsmäßiger Zustände zu fördern. (Burau: Niemand!) Seine Fraktion sei bereit, hierbei mitzuwirken. Sie habe eine Koalitionsregierung im Reich und in Sachsen allein für befähigt, die Ordnung wiederherzustellen, der Bevölkerung unseres Wirtschaftslebens und der weiteren Entwicklung durch die radikalen Linsparteien Einhalt zu tun. (Schwarze Phrasen und lebhafte Widersprüche links.)

Abo. Dr. Käller erklärt namens der Fraktion der Deutschen Volkspartei, dass diese die Berliner Tat verurteile, durch die unter Bruch der Verfassung eine neue Regierung gebildet worden sei. Sie bedauerte die Vorgänge, die unglaubliche wirtschaftliche und politische Folgen haben würden. Die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung und eine Verbesserung des Volkes sei durch die Berliner Revolution im letzten erstickt worden. Seine Fraktion stelle sich streng auf den Boden der sächsischen Verfassung und verlange deren gewissenhafte Beobachtung. Auf einen Aufruf: "Wo bleibt die Reichsverfassung?" erklärt der Redner, dass seine Fraktion auch auf dem Boden der Reichsregierung stehe. Wenn sie jede gewalttätige Aneideung der Verfassung ablehne, so müsse sie aber anderweitig Forderungen geltend machen. Die Bedeutung und die Volkskammermehrheit solle mehr als bisher das Recht der Minderheit in der Bevölkerung achten, insbesondere auch in der Form der Schulgebäude, und alle unüblichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben unterlassen. Bei der Berufung von Beamten solle

auschließlich die Tüchtigkeit entscheidend sein. Seine Partei werde auf dem Boden der Verfassung auch weiterhin an der Erfüllung der kulturellen Aufgaben arbeiten.

Darauf ergreift

Ministerpräsident Dr. Gradnauer

das Wort zu einer längeren Rede, in der er u. a. folgendes ausführt: Unserem Volke bleibe keine Helmstellung erwartet. Nach den schweren Zeiten, die wir durchlebt haben, eröffnete eine neue Krise unter Hand. Eine Gruppe von Anarchisten der Reaktion, deren Zahl aber gering sei, habe die Höhe der Revolution erhoben und die Reichsverfassung mit Füßen getreten. Sie mache sich an, die Nationalversammlung außer Kraft zu setzen. Es werde von dieser

Pseudoregierung

als Vorwand für ihr Beginnen mancherlei angeführt, wie man es lieben von dem Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei gehört habe. Er könne diese Behauptungen in gar keiner Weise als berechtigt anerkennen. Die Unwahrheit der Behauptung, dass die Nationalversammlung über ihren verfassungsmäßigen Raum hinaus gehe, ergebe sich schon daraus, dass man auch die preußische Landesverfassung für ausgedehnt erklärt habe.

Der Herr Abgeordnete Holmann habe davon gesprochen, dass die Reichsregierung nicht imstande gewesen wäre, die wirtschaftliche Errichtung in Deutschland aufzuhalten und den Wiederaufbau zu betreiben. Gewiss könne man über manche Probleme unzertreit, und es sei keine Regierung unschuldig, aber die Herren von der Deutschen Nationalen Partei seien die Allerletzten, die die heutige Regierung anklagen könnten. Wenn sie der Regierung jetzt den Schrecken durchzubringen, dann müsse er sagen, dass sie es seien, die ein unermessliches Maß von Schuld auf sich geladen haben (Sehr richtig!); das Ende des Krieges und seiner verherrrenden Folgen.

Der Name Kapp sei ein Programm.

Er, der neue Pseudokanzler, sei derjenige, der in den Kriegsjahren aus dem Unterholz mit auffälligen Worten gegen den Reichskanzler, weil er einen Verständnisfrieden anstrebe, zu Reden genögen sei. Er sei der Hüter der massiven Annexionspolitik gewesen und habe eine unerlässlich schändliche Rolle gespielt. Der will sich jetzt bei mir als Reichskanzler ausspielen! Leider habe sich nur diese Persönlichkeit eine Auszeit bei der Offiziere geholt. Die höheren Offiziere hätten sicherlich auf reich militärischem Gebiete ihr Heim getan und ihr Land zu retten versucht, aber schon in den strategischen Jahren ist es ein Unheil für unser Volk gewesen, dass die Herren Offiziere sich in die Politik eingemischt hätten, von der sie nichts verstanden. Daselbe trete auch jetzt wieder unbeholfen in die Krisenzeit, da sie Probleme zu lösen sich vermessen hätten, deren Ergebnisse sie zu ermessen scheinen. Die Mannschaften seien durch allerlei Verbindungen verflochten. Nebenfalls bedeute diese Aktion ein

Unheil für unser Volk

und er betreue es nicht, dass die Herren von der Deutschen Nationalen Fraktion nicht einmal für diese Katastrophe verantwortlich seien. Gerade seit einigen Monaten sei man der Hoffnung gewesen, dass es in unserem wirtschaftlichen Leben etwas besser werden wolle. Der Friede sei endlich zur Wohlflaute gelangt und auch die Arbeitsethik sei mehr und mehr zur Erkenntnis der Notwendigkeit der Zeit gekommen, sie habe eine längere intensive Arbeitsleistung verprodusiert, das Vertrauen des Volkes sei im Wachsen gewesen, die Valuta sei gestiegen und in der Auslieferungsfrage habe die Reichsregierung die erste Breche gezeigt in den Frieden von Versailles. Und dies alles sei durch die ungeliebte Berliner Tat im Stein erstickt worden. Unabsehbare Folgen erwachten daraus. Das Programm in dieser Sache sei ein Sommerspiel von Gemütspläßen. Man höre, dass der neue Mann die Bravanz mit Kraft aufzubauen wolle. Das wäre über

für unser sächsisches Volk das Verhängnis. Er wolle über das Programm heute in einzelnen nicht trennschärfen. Gewiss könnte man über viele solche Probleme verschiedener Meinung sein, wie z. B., ob man Nachminister haben wolle. Es sei darüber aber kein Zweifel, wenn die Peute ebenfalls fäumen, es würde das nur weiter auf die Mühlen der Sozialistin und Militärs im Auslande sein. Gerade in dieser Richtung sei wahrscheinlich von jenen Leuten nichts zu erwarten. Am diese Weise würden wir die Geisseln des Versailler Friedens nicht los. Gegen das Durchhaltebare, was geschehen sei, gebe es nur das eine Mittel, das diesem Spuk so schnell wie möglich ein Ende bereitet werde. Die Antwort des deutschen Volkes sei ja nicht ausgedrückt. Ein Militärist wie Herr v. Lütjens könnte sich vielleicht einbilden, wenn er die Waffen eines Truppenrats auf seiner Seite habe, dass er dann die ganze waffenlose übrige Bevölkerung terrorisieren könnte. Aber das sei eine große Kurzsichtigkeit dieses Herrn. Selbst wenn er alle Waffen in den Händen hätte, würde er niemals imstande sein, gegen den Willen der Mehrheit ein solches Regiment zu erhalten. Der Überstand der Dernburg werde es unmöglich machen. Die erste Folge der Aktion sei die, dass zwischen den verschiedenen

sozialdemokratischen Parteien eine Annäherung geschehen sei. Eine weitere Antwort sei das Ausbrechen des Generalstreiks, und zwar zunächst eines einzägigen Protest-

streiks. Die Regierung sei Gegner des Generalstreiks, weil sie ihn für ein Unglück halte. Aber hier handele es sich um eine Volksbewegung, um die Grundfesten des Staates wiederherzustellen. Das sei nicht eine Bewegung gegen den Staat, sondern zum Schutz des Staates und der Demokratie. (Abg. Rühn: "Die fortgesetzt wird!") Er bedauere, dass solche Mittel in jetziger Zeit angewendet werden müssen, über die Schulde liege bei den Verbrechern der verbrecherischen Aktion. Die höhere Beamtenschaft sei sicherlich auch nicht mit jeder Handlung der bisherigen Regierung einverstanden. Sie sei vielleicht auch rechts gerichtet, und doch müsse er es als ein

Chronikblatt der Beamtenschaft ansehen, dass sie erkenne, dass sie Methoden nicht angewendet werden dürfen, und das sie kein Beamter in den Dienst eindringlicher Wurptaten stelle.

Herr Kapp habe die Sache wirklich schlecht vorbereitet. Man sehe ihn jetzt in einer hellwachen Verwirrung, überhaupt ein Kabinett aufzustellen zu bringen. Man habe von wunderbaren Persönlichkeiten, wie Traub und Oberfinanzrat Bang, gehört. (Belächter links.) Einem sei bereits gesichert, der berächtigte Herr v. Jäger, einer der extremen Rechtspolitiker. Es herrsche allgemein die Überzeugung, dass die Pseudoregierung sich kaum noch irgendwie zu halten imstande wäre. Die Folge davon, dass man den Boden unter den Nüssen schwinden sieht, seien offenbar die Bemühungen, Vergleichsverhandlungen anzubieten, und die schoncede Idee, ob man nicht eine

Pseudoregierung

machen könne. Wenn eine Koalitionsregierung mit den äußersten Rechten überhaupt möglich war, so sei durch diese Ereignisse unmöglich geworden. (Sehr richtig!) Die Reichsregierung, die in Stuttgart ihre Arbeit aufgenommen habe, lehne auf das allerentwickelndste ab, mit Herrn Kapp in Ausgleichsverhandlungen zu treten.

Der Ministerpräsident nimmt dann Bezug auf den von der sächsischen Regierung erlassenen Aufruf und stellt mit Befriedigung fest, dass gerade auch die sächsische Beamtenschaft auf dem Boden der Verfassung steht. Es seien ihm aus den Reihen der Beamtenschaft viele herzliche Erklärungen und Zuversicht angegangen. Der Redner geht dann auf das Verhältnis zur bürgerlichen Wehrmacht ein. Er habe wiederholt erklärt, dass die Reichswehr eine Truppe sei und sei es müsse, die nicht gegen das Volk gerichtet sei, sondern zum Volk gehöre. Keinerlei sei darüber kein Zweifel, dass die Einsätze in manchen Standorten anders entwickelt hätten.

Am Sachsen habe man erfreulicherweise feststellen können, dass sie in dieser schweren Krise die Reichswehr nicht habe. Man dürfe sich aber nicht darüber hinwegtäuschen, doch auch bei der Reichswehr in Sachsen es manche Herren, besonders unter den Offizieren, geben, deren Herz man anders sei. (Sehr richtig!) Aber es sei in der Leidenschaftlichheit schon bekannt geworden, dass

General Maerder

gleich am Sonnabend vormittags hier die feierliche Erklärung abgegeben habe, sich für den Schutz der sächsischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Er sei zweifellos ein sehr rechtgerichteter Mann, und es habe sich gewiss in seiner Seele kein leichter Staub abgesetzt, aber er habe die Bevölkerung von Berlin, die sächsische Beamtenschaft abzuheben, nicht befehlt. Es sei das Gerücht verbreitet worden, dass in den sächsischen Abteilungen stattgefundene und die Reichswehrsoldaten sich in ihrer Mehrheit für Litauisch erklärt hätten. Was versteht der Junge Leute überhaupt von Soldaten? Minister Schwarze habe aber bestellt, dass überall Soldaten eine feierliche Aufführung stattfinden. Am sächsischen Hinterland die geltende Reichsverfassung zu stellen. Er führt hinzu, dass General Müller in seiner Bekanntmachung erklärt habe, mit allen ihm angetroffenen Mitteln die sächsische Verfassung zu schützen. Diese Vorgänge müssen ihm das Vertrauen, dass es möglich sein werde, bei uns einen Gegenatz und einen politischen Kampf zwischen Reichswehr und Volk zu verhindern.

Der Ministerpräsident geht dann auf die Situation ein, wie sie sich bei uns in Sachsen in den letzten Tagen gezeigt hat. Die Gesamtlage müsse als außerordentlich verworren bezeichnet werden. In Leipzig sei die Erhöhung der Bevölkerung auf die Wiederherstellung einer durchaus verworrenen Situation. Um alles an verhindern, eine Milizierung herbeizuführen, habe man Bereitschaft erwogen, alsbald ein Mitglied der Regierung nach Leipzig zu schicken. Ein ganz anderes Bild finde man im Bezirk Chemnitz, wo in der Stadt die drei Vinselpartien eine Art Räterepublik gebildet hatten. Auch hier habe sich in einer Reihe anderer Ortschaften dieses Bezirks etabliert. Das sei eine Erhöhung, die aus dieser ansonsten unheilvollen Situation erwachsen. Sie sei eine Folge des wahnwüchsigen Verbrechens von Döberitz, das nur auf der Dunkelheit unter alles entflogen habe. Er könne nur die Hoffnung aussprechen, dass der Spuk in Berlin bald verfliegen wird. Er habe das Vertrauen in die sächsische Bevölkerung, dass es gelingen werde, diese Erhöhungen durch offizielle Ansprache und vernünftiges Zusammenarbeiten aller Parteien wieder in geordnete Bahnen zu bringen.

Wod

die Dresdner Vorgänge

berette, so könne er einen vollständigen Tatbestand noch nicht mitteilen, sondern nur über das berichten, was vorangegangen sei. Am Sonntag seien es ganz unkontrollierbare Elemente gewesen, die in das Haupttelegraphenamt eingedrungen seien und die Apparate hätten lahmgelegen wollen. Diese Postkommunisten hätten den Anschlag dazu gegeben, dass Haupttelegraphenamt mit Reichswehr zu schützen. Am Sonntag seien vielzahlige Behauptungen laut geworden, dass die Aufstellung von Reichswehr gerade dort eine bedeutende Maßnahme sei und aufzufordern auf die Bevölkerung wirkt. Es sei ja leider die Tatfrage zu verzögern, dass es keine gebe, die, wenn sie Reichswehrleute seien, für provoziert würden. Ein vernünftiger Anschlag sei dazu nicht vorhanden. Um diesen Wünschen zu entsprechen, sei Einwohnerwohnen zum Schutz des Gebäudes gestellt worden. Nun habe sich aber herausgestellt, dass das Gebäude andauernd von der Polizei besetzt sei und belagert wurde, die Polizei seien zum Teil missbraucht worden und hätten sich schließlich nicht mehr behaupten können. Man sei in das Gebäude eingedrungen und unter dem Druck dieser Vage habe die Einwohnerwehr selbst die Regierung erfüllt, zur besten Hilfe Reichswehr heranzuziehen. Die Ergebnisse seien auszusehen zu beklagen. Er könne die Bevölkerung nur auf das allgemeine Gefühl erläutern, doch endlich zur Bekämpfung aufzutreten.

Der Redner geht dann auf

die drei Hordenungen

ein, die in den letzten Tagen an die sächsische Regierung von einigen Parteien gerichtet worden sind und äußert sich hierzu im einzelnen.

1. Der Belagerungsaufruhr und die Schubhaft werden aufgeworfen. Amkeit für politische Vergehen wird gewahrt.

2. Das Kreisfeldkommando soll die Leistungswilligen sofort demobilisieren. Alle Belehrte an die Soldaten für den Kreisfeld Sachsen werden im Einvernehmen mit der sächsischen Regierung

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theaterpielplan für heute. Opernhaus: Infolge der Eisenbahnstörung kann die für heute, Mittwoch, angekündigte Vorstellung "Der Fremde" nicht stattfinden. Dafür wird "Garmen" gegeben (7); Schauspielhaus: "Des Meeres und der Liebe Wellen" (7); Albert-Theater: "Herodes und Mariamne" (7); Neidhardt-Theater: "In Waldmännens Reich" (8); "Endless" (7); Central-Theater: "Die Edith-Bornes" (7).

† Mitteilung der Staatstheater. Schauspielhaus: Die am Montag, den 18. März, ausfallende Abonnementsvorstellung wird an einem noch zu bestimmenden Tage nachgeholt.

† Opernhaus: Die Dresden Opernhaus verfügt, wie wir hören, dem Dresden Opernhaus verfügt.

† Vermögensverlusten. Heute, Mittwoch, 7 Uhr im Vereins-

haus Dresdner Streichquartett.

† Verlegung des Lieferanten Maria Pos-Garofoli. Maria Pos-Garofoli kann wegen der politischen Wirren und Verfolgungen nicht rechtzeitig hier eintreffen. Das Konzert heute Mittwoch muss infolgedessen auf einen noch bestimmenden Tag versetzt werden. Gelbe Karten behalten Gültigkeit. Weitere Karten bei G. Ales, Etzstraße, und C. Reinke, Hauptstraße.

† Otto Erlers "Stenonee" in Schweden. Nachdem das Drama unter der Leitung Olaf Hilbergs in 8 Städten der schwedischen Provinz aufgeführt worden war, gelangte es in der ausgeschriebenen Überleitung und Umschreibung von Gunnar Steinberg am Svenska-Theater zu Stockholm mit großem Erfolg zur Aufführung. Andererseits Wahl der zu Schwedens bedeutendsten Schauspieler zählt, als Stenonee und Gustaf Edman als Christian VII. finden besondere Anerkennung in der Stockholmer Presse.

† Kleine Nachrichten. Birgitt Engel, die am 1. Januar aus dem Verbande der Berliner Staatsoper

ausgeschieden ist, hat am 1. März ein auf drei Monate befristetes Gastspiel an der Königlichen Oper in Kopenhagen begonnen, nachdem sie im Januar und Februar erfolgreich Tourneen in Holland und Schweden absolviert hat. Baldemar Bauernhans hat eine zweitaktige Komödie "Satz" auf Grund der Dichtung von Goethe vollendet.

† Arbeitslosenunterstützung an Lehrer werden im Kreis Sachsen-Berlin erwidert. Die kürzlich von den Landesministern entlassenen jungen Kriegslehrer, die nach bestehender Abschlussprüfung eine Lehrstelle übernehmen sollen, erhalten von jetzt ab täglich eine Arbeitslosenunterstützung von 6 M., sofern sie noch keine Anstellung im wirtschaftlichen Soldatschlubdienste erhalten haben.

† Wie die deutsche Wissenschaft ausverkauft wird. Verschiedentlich kann man in letzter Zeit in Berliner Blättern ungefähr folgenden Inhalten lesen: Zwei Studenten, Naturwissenschaftler und Humanist, vor sofort für Ausländer auf ca. 10 Tage gesucht. Honorar 500 M. In Rom kommen, die sich meldeten, wurde von zwei Japanern das Museum aufzufinden, merkwürdige wissenschaftliche Bücher und Mikroskop aufzufinden. Da Ausländer dabei Sammler gern gemacht werden". Der Ausdruck der Studenten fordert auf, sie nicht zu Schergendiensten beim Ausverkauf Deutschlands herzugeben, und beginnt sich, diese Machenschaften wieder zu hängen.

† Ehrendoktor Svante Arrhenius. Der deutsche Gelehrte Svante Arrhenius hält die berühmten schwedischen Gelehrten Professor Svante Arrhenius als Vertreter der Nobelpreisstiftung, von Professor Holm und Aurivillius als Vertreter der Akademie der Wissenschaften, von Professor Bredt, dem Rektor der Stockholmer Hochschule, Dr. Sven Hedin, sowie dem Kabinettsekretär Böhröm, als Vertreter des Auswärtigen Amtes, das ihm von der Universität Greifswald ausverliehen hat. Der Nobelpreisdiplom aus, indem er seiner Freunde überdrückt verließ, dass die deutsche Gelehrten nicht wieder einmal Gelegenheit habe, einem hochverdienten schwedischen Vorhaben den Vorbericht zu überreichen.

SLUB
Wir föhren Wissen.

Statt besonderer Anzeige.
Zum 90. Geburtstag ihres M. Lebensjahrs, nach einem Leben reich an Liebe und Sorge für die Thürgen, W.
unter geliebte Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Auguste verw. Teschner

geb. Wehner

am Montag abend früh und unverwacht in ein dorfes Bett ins Atematorium auf.
Die Einäscherung findet Donnerstag, den 18. März, 12 Uhr im Dresdner Atematorium statt.

Dresden, Berlin, Bad Elster.

Gestern, Montag, nachts 11/12 Uhr entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 37 Jahren meine gute, liebe Frau, unsere treusorgende, gute Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Frau Liddy Gertrud Bernhard geb. Braune.

Dresden-N., Am Markt 5.

In unendlichem Schmerze

Otto Bernhard und Kinder,
zgleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 19. d. M., 11/3 Uhr von der Halle des inneren Neustädter Friedhofes aus statt.


Anfolge eines im Felde zugewogenen
leidvollen Lebens verstarb am 15. März
im Alter von 40 Jahren mein
liebstgeliebtes Mann, unser guter Vater,
Sohn, Schwiegersohn und Schwager,
Sehme ehemaliger Sekretär
im vormaligen Kriegsministerium

Herr Johannes Schillen,
Kapitän 2. Kl. im chem. K. Regt. Nr. 191.
Ritter mehrerer Orden.

Dresden-Friedrich, den 17. März 1920.

Am lieben Schmerz:
Margarete Schillen geb. Schreiter,
Hermann und Else Schillen,
Frau Luise vere. Schillen,
Dr. phil. Otto Schreiter und Frau, Bamberg,
Dr. phil. Rudolf Schreiter, Freiberg.

Es wird gebeten, von Beliebten unden zu erhalten.
Die Einäscherung erfolgt am Freitag, den 18. März,
1 Uhr mittags, im Atematorium zu Zollschwitz.

Nur hierdurch teile ich allen Verwandten und
Bekannten das am 10. d. M. plötzlich auf der Reise
in Leipzig erfolgte Ableben meines lieben Mannes,
des Privatus

Georg Walther-Rumpelt
mit. Die Einäscherung findet Mittwoch d. 17. März
3 Uhr auf dem Südfriedhof in Leipzig statt.

Dresden, Holzmarktstraße 68, I. 1., 15. März 1920.

In tiefstem Schmerz
Clara Walther-Rumpelt
geb. Seeler.

Nach Gottes unerhörlichem Ratschluß
entschlief Montag früh nach kurzem Leiden
in einem Sanatorium in Zittau meine liebe
Frau, unsere liebe Mutter, Groß- und
Schwiegermutter

Johanna Christiane Türke
geb. Langhans

im 61. Lebensjahr.

Wer ihren Schaffensgeist, Fleiß und
Ihre Umicht gekannt, wird unsern Schmerz
ermessen.

In tiefster Trauer

Genl. Türke,
Martha Grunert geb. Türke,
Rosie Stolpe geb. Türke,
Genl. Türke jun.,
Erich Grunert,
Erich Stolpe,
Gretta Stolpe, Enkelin,
Alteiche-Königswalde, Neustadt a. Tsg.,
den 15. März 1920.

Die Einäscherung erfolgt in Zittau. Die Bei-
setzung in Alteiche wird nach bestandengeboren.
Beliebten unden dankend abgesehen.

Sonntag morgen entschlief sanft nach
langem schweren Leiden unsere innig-
gelebte, treusorgende Mutter, Schwester,
Schwiegermutter, Großmutter und Tante

Frau Johanne Mörl-Heynisch
geb. Römer

im 75. Lebensjahr.

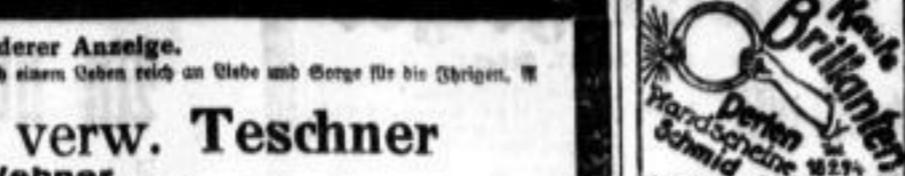
Dresden, Neuhaus, Forst, Celle,
den 14. März 1920.

In tiefstem Schmerz

Johanna Sulzberger geb. Mörl-Heynisch,
Margarete Sulzberger geb. Mörl-Heynisch,
Elsa Mörl-Heynisch,
Walter Mörl-Heynisch,
Lena Sulzberger geb. Mörl-Heynisch,
Arthur Mörl-Heynisch, Major a. D.,
Helene Römer,
Walter Sulzberger,
Fritz Sulzberger, Major z. D.,
Margarete Mörl-Heynisch geb. Unger
und 11 Enkelkinder.

Die Trauerfeier findet am Donnerstag,
den 18. März, nachmittags 3 Uhr im
Trauerhaus, Goethestraße 3, statt, an-
schließend die Beisetzung nach dem
Trinitatiafriedhof.

Gedächtnis-Gedächtnisse.
Geboren: Dr. phil. Walter Hartmann, Zwischen, S.
Verstorben: Margarete Bildner m. Röder, Karl Schneider,
Gottlob, Ehefrau L. Gott.; Elisabeth Röder m. Max Baumgärtel,
Gottburg; Erich Wolf m. Anna Blügel, Mölkau/Sachsen.



Adolf Teschner,
Jenny Schmidt geb. Zeigner,
Helene Müller-Brotian geb. Zeigner,
Johannes Teschner,
Margarete vere. Teschner geb. Meyer,
from Katharina Teschner geb. Pehselt,
Arthur Schmidt,
Dr. med. Max Müller-Brotian
und 10 Enkel.

am Dienstag abend früh und unverwacht in ein dorfes Bett ins Atematorium auf.

Die Einäscherung findet Donnerstag, den 18. März, 12 Uhr im Dresdner Atematorium statt.

Gleichversorgung in der Stadt Dresden

vom 15. bis 21. März 1920.

Es erhalten auf die Reichssteuerkarte Reihe „A“
Personen über 6 Jahre auf die Marken 1—10 150 g
gesetzlich vom Kind und Getreide zum Kind
und Getreide zum Kind und Getreide zum Kind
Kinder bis zu 6 Jahren auf die Marken 1—5 75 g
gesetzlich vom Kind und Getreide zum Kind
und Getreide zum Kind und Getreide zum Kind
Der Einzelhandel für Getreide und Mehlreis mit Kunden
beträgt 6,00,— für das Pfund 3,50,— für das Pfund bei Abgabe an den
Verbraucher. Ein Einpruch auf Zeitung einer bestimmten Sorte
bedeutet nicht, die Fleischer sind jedoch verpflichtet, für eine gleich-
mäßige Versorgung ihrer Kunden zu sorgen.

Dresden, am 16. März 1920.

Der Rat zu Dresden.

Mein Geschäft bleibt wegen Todessalls
Mittwoch den 17. März d. J. geschlossen.

August Richter

Blech- und Stabellen-Großhandlung,
Dresden-L., Annenstraße 13.

Druck von

Massenauflagen

(Zeitungsbücher — Flugblätter — Anschläge)

ein- und zweifarbig

in Flach- oder Rotationstruktur

liefer schnell und preiswert

Buchdruckerei Liepsch & Reichardt

Fernsprecher 2241 — Marienstraße 38/40.

zahl die höchsten
Preise für
Ziegeln, alle Stück 300,-
M. jungen " " 250,-
Ziegen " " 40,-
Kübel " " 40,-
Kübel, Ja " " 30,-
Kübel, tr. Kübel " " 120,-
Schüssel Kübel 100,-

für Mader, Fuchs,
Jits, Maulwurf die
höchsten Tagespreise.
Kinder erhalten bei
größeren Dosen höhere
Preise.

Sonntag geöffnet.

M. Langer,
Dresden,
Frauenstr. 12, 1.,
schäßiger Klepperlein,
Kasse, Fahrzeugleitung

Suche

allerlei kleine Sammlerstücke,
söder, antike Silbergegenstände,
alte Handarbeiten u. Spulen,
jenes alle Dolken, Miniaturen,
Silberstücke u. alte Porzellan
über alt, wie kleine Löffel,
Teller, Figuren, Gruppen, Meda-
lien, jenes alle altertüm. Messer
über 50 Jahre alt.

Thieme,
Antiquitätenhd.,
40 Jägerstraße 40.

Motorrad,
nur erträglich, prächtig
Gemeinschaft 78, post.

Kontrollkassen,
post, Telefon, hand, Zeitungen,
Postkarten, Deichselherren 25, 1.

Kleiderstücke,
post, Uniformen,
Kampfschule, Postkarte 100,-

Geldschrank

zu kaufen gelöst. Off. m. Preis

Uauenstraße 44, 2., 3., 4.

Planiola,
Schilder ob. Planino zu kaufen,
Thieme, Weihen, Büchergasse,
Döppler Straße 4.

Prismen-Feldstecher

Prinz & d. Kreis zu 1. art.

Neumann, Kampfschule 4, Tel. 1020.

Handtaschen!

Gründliche Qualitätserwerbe
aus garantierter reinem arten-
sichem, gefülltem Tafeln
F. Bend, ohne Mundstücke

1000 Stück, M. 250,—

Abnahmeland nicht
unter 500 Stück. Der Ver-
kauf führt unbedingt zu Nach-
befehlen.

Beginn Termine zum
Ende vor dem 1. April erfolgenden
Jahreszeit einen neuen
Stier!!

M. Guttmann,

Berlin G. 27,

Magnusstraße 22.

Zigaretten!

Gründliche Qualitätserwerbe
aus garantierter reinem arten-
sichem, gefülltem Tafeln
F. Bend, ohne Mundstücke

1000 Stück, M. 250,—

Abnahmeland nicht
unter 500 Stück. Der Ver-
kauf führt unbedingt zu Nach-
befehlen.

Beginn Termine zum
Ende vor dem 1. April erfolgenden
Jahreszeit einen neuen
Stier!!

H. Getreu,

Am See 38,

Tel. 1148.

Man wende sich

Fachmann

Gold- und Silber-

Gegenstände, best. Münzen,

Porzellan, usw. Porzellan,

Platin, Gold, Silber,

Steine, usw. Gold-

und Silber-

zähne, usw. Gold-

und Silber-

Heute, Konzertdirektion F. Ries.
7 Uhr, Palmengarten
Einmaliger Lieder-Abend
Maria Pos-Carloforti
Am Bühlner: Dr. Georg Göhler.
Karten: F. Ries, O. Reimke, Abendkasse.

Philarm. Orchester.
Heute Mittwoch 7 Uhr
7. Lindnerkonzert
Diktion: Edwin Lindner.
Solist: Professor Walter Bachmann.
Programm: Beethoven: 7. Sinfonie; Mozart:
Klavierkonzert B-Dur; Liszt: Les Preludes.
Eintrittskarten M. 4.00, 3.00, St.-Steph.-Platz 2.50
u. St. u. F. See u. a. d. Gewerbehauskasse v. 11-2 und
abends von 6 Uhr ab.

Kaiser-Palast.

Täglich Konzert

unter Mitwirkung von Solisten.

Morgen Donnerstag

Gr. Feiereis-Konzert

unter persönlicher Leitung des Musikdirektors Feiereis.

Solisten: Wiener Liedersängerin Mizzi Rottmann.

Vortragskünstler Horst Reinhold.

Anfang 1½ Uhr.

Buntes Theater

im Tivoli-Palast Wettinerstraße 12

Fernruf 30384

7 Uhr Heitere Kunst 7 Uhr

Friedel Schurig-Hansen, Sängerin.

Mimmy Herbst, Vortragssängerin.

Ella Eifern, Vortragssängerin.

Friedel Hirsch, Sprecherin — Pierrot.

Paul Ullrich, Humorist und Conferencier.

Rudolf Arnold, „Der Schlossergeselle m. d. lieben C.“.

Edith Stasburger, Preisgekrönte Steppänzerin.

Mimmy Herbst und Paul Ullrich in ihren Gesang-

und Tanzspielen.

Max Kraft am Flügel.

Schrammelmusik München-Wien.

Königshof-Theater

Anfang 1½ Uhr.

Nur noch bis Freitag den 19. d. März.

„Meine Grete.“

Bühnenspieler im 3. Akten von Dr. Decker und R. Knauer.

SARRASANI

Täglich 7 Uhr, Sonntags nach 3 Uhr

Der neue Spielplan.

Vollkommen neue Attraktionen.
Harry Biemstein, neuer und besserer Schlinger.
Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus und Circuscafé.
(Sarrasani-Trocadero ab 7 Uhr abends.)

TROCADERO KABARETT DRESDEN

Täglich 7 Uhr

POLWIN Violinvirtuos als Gast

Am Flügel: Margot Ligety

VATERLAND

lichtspiele • Freibergerplatz

Gmbh.: E. Valten, nach. Hoftheater. 20.00.

Die Vererbungs-Theorie

bekanntest der große Film

Abenteurerblut

überall spannendes Drama in 5 Akten.

1. Akt: Ein Vortrag und seine Folgen.

II. Akt: Vererbung und Suggestion.

III. Akt: Des Rätsels Lösung.

IV. Akt: Vater und Sohn.

V. Akt: Entthüllung der Vergangenheit.

Die Wahrheit der Vererbungs-Theorie.

Gerner das lustige Teleogramm:

Seine Vertretung

Burleske in 3 Akten.

„Pilsner Urquell“

aus dem
Bürgerlichen Bräuhaus in Pilsen
gegründet 1842

wird in bekannter Güte
wieder überall verzapft!

Man verlangt ausdrücklich:

„Pilsner Urquell“

Lichtenhainer Bier-Ballafit, s. a. Gräbenkirche 12.
Täglich Unterhaltungsmusik.
Gemeinsam und Sonntags: Gesangsavantag.
Geist Weine. — Salz Bier.

Ball-Anzeiger

Mittwoch den 17. März:

Vernehme Aufnahme!

Neue erhabliche Bekleidung!

Beginn Mittwoch 6 Uhr.

Coffe: Einla 19, 21.

Constantia Straßebahn 19, 21.

Reaktion.

Donalds Neue Welt Tolbewih.

Strassenbahn 19, 21.

Reaktion.

Gallhoi Möllnib Vornehme, schauspielerische Dekoration im Biebermeierst.

Schweizerstrasse 1.

Große öffentl. Ballmusik.

Uhr 19, 21 Uhr.

Schweizerhäuschen Neue Dekoration!

Große öffentl. Ballmusik.

Uhr 19, 21 Uhr.

Wilder Mann Große Dekoration!

Große öffentl. Ballmusik.

Uhr 19, 21 Uhr.

Waldschlößchen-Terrasse Jeden Mittwoch im Prunksaal

Ball-Betrieb von 19, 21 Uhr ab.

Der Eintritt. Tanz frei.

Zoologischer Garten. Heute jede Mittwoch

Familien-

Ball.

Beginn 19, 21 Uhr.

Gemäßigt den 20. März:

Elle-Konzert

vom Dresdner Philharmon.

Orchester.

Auf zum Russen

Oberlößnitz-Radebeul.

Haut Mittwoch

Großes Frühlingsfest

in den berühmtesten Räumen.

Anfang 4 Uhr.

Es leben ergebnis ein Oskar Bändel und Frau.

Anton Müller Marienstraße 46

Bankästlerisch schönstes Wein-Restaurant

Fremden u. Einheimischen bestens empfohlen.

Reichhaltige Weinkarte — Zeitgemäße Küche.

Täglich abends Quartett-Konzert.

Café Ufslieck Konfiserie
Strehlenstraße 3. Telefon: 17004 ★ CAFE UFSLIECK
Bier Wein Liqueur & Getränke
Unterhaltungs-Programm

Engl. Zigaretten

Neue Partie

Wills Capstan

Players Navy Cut

Offerte für Detailisten.

Original-Postpakete

Inhalt:

3000 Stück, Mitte Mk. 600.— Mk. 1800,—

Porto, Verpackung, Versicher. 13.—

pro Paket Mk. 1815.—

Voreinsendung des Betrages an das

Postcheckkonto Köln 2106 der Bank

Sal. Oppenheimer Jr. & Co. zur Gu-

schrift für Konto „Engrosabteilung“

Jos. Wynen Sohn, Köln a. Rhein.

Offerte für Großhändler

Import-Abteilung

Jos. Wynen Sohn, Köln,

Agrippastrasse 9.

Vertretung

an mehreren Plätzen Deutschlands noch

zu vergeben.

Nur durchaus branchekundig und bei den Händlern

bestens eingehörige Bewerber, die schon praktische

Reisefähigkeit für erste Firmen ausgewöhlt haben u.

Über beste Referenz, verfügen, werden berücksichtigt.

Jos. Wynen Sohn, Köln,

oder hier in erh. und gem. im tollen,

geschmackvoll, neuzeitlicher Ausführung

höchste Qualität.

Hildebrand in Wiederau.

Eigene Zeugnisserklärung.

Möbel aller Art in erh. und gem. im tollen,

geschmackvoll, neuzeitlicher Ausführung

höchste Qualität.

Hildebrand in Wiederau.

Eigene Zeugnisserklärung.

Möbel aller Art in erh. und gem. im tollen,

geschmackvoll, neuzeitlicher Ausführung

höchste Qualität.

Hildebrand in Wiederau.

Eigene Zeugnisserklärung.

Möbel aller Art in erh. und gem. im tollen,

geschmackvoll, neuzeitlicher Ausführung

höchste Qualität.

Hildebrand in Wiederau.

Eigene Zeugnisserklärung.

Möbel aller Art in erh. und gem. im tollen,

geschmackvoll, neuzeitlicher Ausführung

höchste Qualität.

Hildebrand in Wiederau.

Eigene Zeugnisserklärung.

Möbel aller Art in erh. und gem. im tollen,

geschmackvoll, neuzeitlicher Ausführung

höchste Qualität.

Hildebrand in Wiederau.

Eigene Zeugnisserklärung.

Möbel aller Art in erh. und gem. im tollen,

geschmackvoll, neuzeitlicher Ausführung

höchste Qualität.

Hildebrand in Wiederau.